

# SPD demokratischer pressediens

P. XXV/170

10. September 1970

Chancengleichheit - ein realisierbares Ziel

Demokratisierung der Startbedingungen  
auch in der Bildung

(Seite 1 - 2 / 61 Zeilen)

Bonner Ostpolitik geht zügig weiter

Vor Ministerverhandlungen mit Polen und  
Gesprächen mit Prag

(Seite 3 - 4 / 68 Zeilen)

Weiß die CDU noch, was sie will?

Neue innenpolitische Dissonanzen durch  
die Mittelständler

Seite 5 / 33 Zeilen)

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Kurz notiert

Kurz informiert

Bessere Wohngeldregelung für Alleinstehende  
Von Hedwig Neermann MdB

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 0163  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 97 - 38  
Telex: 886 846/885 8477  
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

## Chancengleichheit - ein realisierbares Ziel

### Demokratisierung der Startbedingungen auch in der Bildung

Chancengleichheit für alle ohne Rücksicht auf Geschlecht, Herkunft, Rasse, Religion, Heimat und Sprache ist eine Uraltforderung der SPD. Chancengleichheit ist in der Verfassung als unabdingbares Recht garantiert. Allerdings besteht dieses Recht bisher in vielerlei Beziehungen nur auf dem Papier.

Daß beispielsweise der Anteil der Arbeiterkinder in den Universitäten nur etwa fünf vH. beträgt, wurde von früheren Bundesregierungen zwar gelegentlich beklagt, doch es geschah nichts, um diesen Mißstand zu verbessern oder gar zu beseitigen. Man nahm es als gegeben hin, daß Hochschulen nahezu ausschließlich den Söhnen privilegierterer Schichten vorbehalten waren - den Söhnen, denn die Gleichberechtigung der Frau ist bisher auch weitgehend ein Schlagwort geblieben, für das ein realisierbares Konzept fehlte. Deshalb erstaunt auch nicht, daß nur knapp 1,5 vH. Mädchen auf bundesdeutschen Hochschulen studieren.

Die sozialliberale Koalition erarbeitete als erste Bundesregierung ein Konzept, das einen wesentlichen Schritt zur Verwirklichung der Chancengleichheit in der Bildung und damit zur Chancengleichheit überhaupt bedeutet. Mit einem Bündel von Reformvorhaben wurde zum ersten Mal die Möglichkeit geschaffen, daß jeder eine reale Chance erhält, entsprechend seiner Begabung und seinem Leistungsvermögen seinen Platz in der Gesellschaft einzunehmen.

Eine Garantie für gleiche Chancen kann jedoch nicht nur durch eine Schul- und Hochschulreform gegeben werden. "Chancengleichheit beginnt mit der Vorschulerziehung", erklärte die Staatssekretärin im Bundeswissenschaftsministerium, Dr. Hildegard Hama-Brücher, auf einem internationalen Frauenkongreß in Königstein. Tatsächlich wäre es viel zu spät, erst in der Schule gleiche Startbedingungen schaffen zu wollen. Bereits im Kindergarten, der nicht mehr nur Bewahrstätte sein sollte, sondern Vorschulung vor allem für jene Kinder aus bisher unterprivilegierten Schichten, muß wesentliche Arbeit geleistet werden. Wer Grundschullehrer über Lernschwierigkeiten an sich hochbegabter Kinder klagen hört, die einfach deshalb nicht mitkommen, weil sie im

Elternhaus mit einem Sprachschatz von ein paar hundert Wörtern auskamen, die niemals zu eigenständigem Denken angehalten wurden und denen simpelste Zusammenhänge niemals erklärt wurden, der weiß, daß gleiche Startbedingungen früher gegeben werden müssen. Im Wissenschaftressort legt man deshalb besonderen Wert auf die Heranbildung möglichst vieler Sozialpädagogen, auf eine zusätzliche Ausbildung von Kindergärtnerinnen und Kinderpflegerinnen, durch die eine qualifizierte Erziehung der Kleinkinder garantiert werden kann. Genügend Kindergartenplätze zu schaffen, muß als vorrangigste Aufgabe der Gesellschaft betrachtet werden.

Die Reform des Bildungswesens bedeutet die permanente Veränderung. Die Bundesregierung will nicht in Pestler-Humboldt'scher Zeiten verfallen, in denen man ein starres, an den gesellschaftlichen Gegebenheiten und Erfordernissen orientiertes Schulsystem schaffte. Die Schule von heute - die Vorschule ebenso wie die Schule, Berufsschule, Universität bis hin zu den Weiterbildungsmöglichkeiten für Erwachsene - muß sich selbst immer neu in Frage stellen, sie steht vor der Schwierigkeit, eine nicht bekannte Zukunft einzuplanen.

Die Verwirklichung gleicher Bildungschancen ist im Übrigen nicht ausschließlich die Erfüllung persönlicher Möglichkeiten des Einzelnen. Es sichert die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und damit den Lebensstandard des Volkes, bringt durch die Erzielung zu eigenständigem, kritischem Denken des Einzelnen gleichzeitig die Realisierung des Demokratiegedankens und schafft dadurch letztlich die Voraussetzung für eine klassenlose Gesellschaft.

Florentine Hoffmann

### Bonner Ostpolitik geht zügig weiter

---

Vor Ministerverhandlungen mit Polen und Gesprächen mit Prag.

Mit Behutsamkeit und sorgfältiger Vorbereitung geht die Bonner Ostpolitik ihren klar vorgeseichneten Weg weiter. Es liegt kein Grund vor, die Entwicklungen schneller voranzutreiben, als sich das nach dem Grad der Festigung des zu beschreitenden Bodens als möglich und sinnvoll erweist. Auf der anderen Seite aber sind unnötige Verzögerungen zu vermeiden, die den Erfordernissen nicht nur nicht gerecht, sondern ihnen sogar widersprechen würden.

Vor diesem prinzipiellen Hintergrund sind die laufenden Verhandlungen mit Polen und die sich abzeichnenden Verhandlungen mit der Tschechoslowakei und anderen Ostblockstaaten, wie z.B. Ungarn und Bulgarien, sowie schließlich, freilich mit ganz besonderem Gewicht, die Kontaktaufnahmen mit der DDR zu sehen. Die Probleme, die in den Verhandlungen mit Warschau noch zu überwinden sein werden, sind klar umrissen und in der Zahl nicht mehr so groß, als daß ihre Lösung zeitlich nicht absehbar wäre. Das Gespräch, das Bundesaußenminister Walter Scheel in der zweiten Septemberhälfte in New York mit dem stellv. polnischen Außenminister Jozef Winiowicz führen wird, dürfte den Fortgang der Expertengespräche befruchten, so daß vielleicht schon im Oktober die Verhandlungen Scheels mit seinem Warschauer Kollegen Stefan Jedrychowski beginnen könnten. Vor Jahresende jedenfalls, so stellt man sich in Bonn den Terminablauf vor, sollte der deutsch-polnische Vertrag unterzeichnet sein.

Als nächstes zeichnet sich die erneute Kontaktaufnahme mit Prag ab. Diese Verbindungen gehen noch auf die letzten Jahre des Novotný-Regimes zurück, wobei damals bereits eine ganze Reihe von Problemen angedrissen und vorbesprochen werden konnte. Die Bundesregierung zeigt sich, als logische Folge ihrer progressiven Ost-

politik, aber auch in Anbetracht der unmittelbaren Nachbarschaft zwischen den beiden Staaten an einer baldigen Gesorüchsaufnahme natürlich sehr interessiert. Der Kreis der Probleme, die zwischen Bonn und Prag zu klären und zu lösen sein werden, ist von Anfang eng umgrenzt. Der Förderations-Ministerpräsident Lubomír Štrougal hat erst vor wenigen Tagen Gelegenheit genommen, sehr deutlich zu machen, daß der ČSSR an einer Normalisierung der Verhältnisse zur BRD und an der Schaffung gutnachbarlicher Beziehungen zu ihr sehr gelegen ist.

Štrougal hat auch betont auf die Lösung der strittigen Fragen hingewiesen. Seine Feststellung, daß Prag über Regierungswege die diesbezüglichen Schritte einleiten wird, läßt darauf schließen, daß wir in Kürze mit Initiativen aus Prag zu rechnen haben werden. Aus bestunterrichteten Quellen war dem zu hören, daß die zuständigen Prager Regierungs- und Parteistellen ihre Vorarbeiten bereits abgeschlossen und das Verhandlungspaket fertig formuliert haben. Daß dabei die Frage des Münchner Abkommens eine wesentliche Rolle spielen muß, ist allseits klar und verständlich. Es wird erforderlich werden und sinnvoll sein, dabei zu beiderseits akzeptablen Aussagen zu kommen, die nicht nur den völkerrechtlichen Aspekten gerecht werden, sondern die auch alle insbesondere personelle Folgeprobleme korrekt und auch nach der humanitären Seite vernünftig lösen. Der von sudetendeutschen Sozialdemokraten in die Debatte gebrachte Vorschlag eines darauf gerichteten Vertrags könnte eine solche Lösung beinhalten.

Die nächsten Wochen und Monate werden der deutschen Ostpolitik viel abverlangen. Das Ziel, nunmehr zügig Schritt für Schritt zu einer Bereinigung der Ostprobleme zu gelangen und damit der Entspannung und Verständigung auch nach Osten die Türen weit zu öffnen, bedarf einer möglichst breiten Unterstützung in der Bundesrepublik. Man sollte berechtigterweise erwarten dürfen, daß sich eine solche Situation ergeben kann.

Weiß die CDU noch, was sie will?

Neue innenpolitische Dissonanzen durch die Mittelständler

Der Diskussionskreis Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen Arbeitsplan vorgelegt, der wesentliche Steuererleichterungen für mittelständische Unternehmungen fordert. Der Bund hätte, falls der Plan verwirklicht würde, Mindereinnahmen an Steuern von rd. 3,5 Milliarden DM im Jahr 1971 zu verzeichnen. Daß der mittelständischen Wirtschaft geholfen werden muß, darüber besteht bei allen Fraktionen Einigkeit, doch steht das Wie noch zur Diskussion. Der CDU-Abg. Heinrich Gewandt, der den Plan vorlegte, hat allerdings den ungünstigsten Zeitpunkt zur Veröffentlichung seines Papiers gewählt. Zwar machte er einschränkend die Bemerkung, daß aus konjunkturpolitischen Gründen an eine sofortige Durchführung noch nicht zu denken ist. Doch gerade der Zeitpunkt seiner Veröffentlichung ist es, der zu Bedenken Anlaß gibt.

Es sei in Erinnerung gebracht, daß die Bundesregierung vor Monaten angekündigt hatte, daß sie den Steuerfreibetrag für Arbeitnehmer heraufsetzen wolle. Sie mußte dieses Vorhaben jedoch aus finanziellen und vor allem auch konjunkturpolitischen Gründen auf einen späteren Zeitpunkt zunächst verschieben. Aus den Reihen der Opposition erhob sich darauf lautstarke Kritik. Der Regierung wurde vorgeworfen, daß sie die Lage nicht richtig eingeschätzt hatte und, und nichts wurde unversucht gelassen, um aus der Zurückstellung des Vorhabens parteipolitisches Kapital zu schlagen. Prominente CDU-Politiker wie Dr. Stoltenberg, Dr. Müller-Hermann und andere Experten der CDU/CSU-Fraktion verwiesen ständig auf den Boom und forderten antizyklische Maßnahmen. Das hindert nun den Mittelstandskreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion keineswegs daran, mit Vorschlägen an die Öffentlichkeit zu treten, die in ihrer Auswirkung noch keineswegs zu übersehen sind. Verglichen mit den finanziellen und konjunkturellen Auswirkungen, die eine Erhöhung des Arbeitnehmerfreibetrags gehabt hätte, sind die Vorschläge des Mittelstandskreises der CDU/CSU jedenfalls bemerkenswert. Der Mittelstandskreis wäre also gut beraten gewesen, wenn er bis zu einem geeigneteren Zeitpunkt gewartet hätte.